

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Hanssen & Vogler A.-G.,
G. F. Dautz & Co.,
Invalidendank.
Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 108.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Nr. 781

Donnerstag, 7. November.

1895

Deutschland.

L. C. Berlin, 6. Nov. Der Gesamtvorstand des Bundes der Landwirthe hat eine Art Programm beschlossen, welches, wie selbstverständlich, auf die unveränderte Wiederaufnahme des Antrags Kanitz hinausläuft. Alles, was sonst noch vorgebracht wird, hat lediglich den Zweck, den rein agrarischen Charakter des Bundes zu verschleiern und die Bestrebungen desselben als Mittel zur Lösung der sozialen Frage zu empfehlen. Ueberdies wird der Versuch wiederholt, neuen Leuten Sand in die Augen zu streuen und abzuleugnen, daß es bei der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr durch den Antrag Kanitz ausschließlich um die Vertheuerung des Getreides zu thun ist. Der Antrag Kanitz soll zur „Befestigung der Getreidepreise“ oder „zum Zwecke einer Ausgleichung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe“ dienen! Daran glauben natürlich die Herren selbst nicht. Hat doch neulich erst die „Corresp. des Bundes der Landwirthe“ zugestanden, daß der Antrag Kanitz, d. h. die Erhöhung der Getreidepreise auf die in dem Antrage vorgeschlagenen Minimalpreise für ein Gut von 2000 Morgen eine Erhöhung der Grundrente um 11 000 Mark nach der jetzigen Preislage bedeuten würde. Da begreift man, daß nach der Ansicht des Bundes der Antrag Kanitz die dringlichste zur Zeit durchzuführende Maßregel ist, gleichzeitig wird jedoch mit großartiger Miene dekretiert, daß die Agrarfrage nur gelöst werden könne, mit der Durchführung „sämmlicher agrarischen Forderungen“.

Der „Berl. Börsenztg.“ wird von zuverlässiger Seite aus Wiesbaden gemeldet: Am 1. April verläßt Herr von Hülsen, der Intendant des königlichen Theaters, Wiesbaden und wird Generalintendant der königlichen Theater zu Berlin; Graf Hochberg, der bisherige Generalintendant wird Minister des königlichen Hauses an Stelle des Herrn v. Wedel-Piesdorf, der in den Ruhestand tritt.

Als Wirkung der zweijährigen Dienstzeit kann mit gutem Grund die Thatfache angesehen werden, daß seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit ein bedeutender Rückgang der militärischen Bestrafungen eingetreten ist. Zum Beweis hierfür machen die „M. N.“ darauf aufmerksam, daß seit Einführung der kürzeren Dienstzeit eine derartige Verminderung der Arbeitslosen eingetreten ist, daß sich dieselbe in dem laufenden Militäretat mit einer Minderausgabe von 2628 M. äußert.

Die „Münchener Neuesten Nachr.“ halten gegenüber dem Dementi des „Reichsanzeigers“ ihre Mittheilungen über Verhandlungen des preussischen Staatsministeriums inbetreff der Militär-Strafprozessordnung aufrecht. Dem gegenüber ist das Münchener „Süddeutsche Korrespondenz-Bureau“ ermächtigt, diese Mittheilungen auch von München aus als Erfindungen zu bezeichnen.

Der Ausschuss des deutschen Bimetallisten-Bundes wird Donnerstag eine Sitzung abhalten.

Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des königl. statistischen Bureau's betrug die Bevölkerung des deutschen Reichs laut Ergebniss der Berufs- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 51 758 364 Personen, darunter 25 405 934 männlich und 26 352 430 weiblich. Die Zunahme der Bevölkerung seit 1890 betrug jährlich 10,14 pro Mille. Landwirthschaftskarten wurden 5 601 809, Gewerbebogen 1 317 878 gezählt.

Die heutige Nummer des „Vorwärts“ (Nr. 260) wurde auf Veranlassung des Polizeipräsidenten konfisziert. Das Blatt hatte eine Nachricht aus Barmen mitgetheilt, wonach zwei Polizeisergeanten, die wegen Körperverletzung im Amte zu je drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden waren, auf ein Gnadengesuch an den Kaiser die Umwandlung dieser Strafe in eine Geldstrafe von 50 M. erlangt hätten. Diese Nachricht war mit einer Spitzmarke versehen, in der angeblich eine Majestätsbeleidigung erblickt worden sein soll. Seitens der hauseigenen Polizeibeamten wurde etwa 500 bis 600 Exemplare des „Vorwärts“ beschlagnahmt.

Zu den 14 Millionen Mehreinnahmen, welche sich aus dem Vorschlag der Einnahmen aus den Zöllen und gemeinsamen Verbrauchssteuern und aus den Reichsstempelabgaben für 1896/97 ergeben, kommt noch ein Mehrüberschuß aus der Post- und Telegraphenverwaltung in Höhe von 4 832 169 M. im Vergleich zu dem Vorschlag für das laufende Jahr. Auch dieser Vorschlag ist sehr mäßig, wenn man in Betracht zieht, daß die Einnahme der Post- und Telegraphenverwaltung in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres die vorjährigen Einnahmen bereits um 8 285 021 M. überstiegen hat; die Mehreinnahme in dem halben Jahre also nahezu doppelt so hoch ist, als sie für das ganze nächste Etatsjahr veranschlagt werden soll.

v. Hammerstein soll nach dem „Berl. Tagebl.“ jetzt glücklich bei den Antipoden in Auland eingetroffen sein. Ein Barteigenosse von Hammerstein habe diese Mittheilung an seine Freunde hierher gelangen lassen.

Der Koburgische Landtag stimmte der Errichtung einer Handelskammer in der Stadt Koburg zu.

Aus dem Gerichtssaal.

W. B. München, 6. Nov. In der heutigen Vormittagsitzung des Lenbach-Prozesses wurde eine Reihe von Kunstmalern und Kunsthändlern als Zeugen und Sachverständige vernommen, welche zwar ausdrücklich den guten Rumm und der Angeklagten hervorhoben, dagegen einstimmig das Signieren der Bilder ohne ausdrückliche Zustimmung des Künstlers für unstatthaft erklärten. Hofkassapleier Dreher wiederholte die bekannte Aeußerung Lenbachs bezüglich seines Neffen. Professor Desregger hält die Einkaufspreise für Schleuderpreise. Kunsthändler Schulte hält dagegen die Preise für nicht auffällig, nur die große Anzahl der angebotenen Bilder hätte stutzig machen müssen. Diese Ansicht wird von anderen Zeugen bestätigt. Zeuge Voewy, in Firma Stettenheim-Hamburg, sagt aus, er habe von Lapp Lenbachs Bilder kaufen wollen, wenn Lapp damit einverstanden gewesen wäre, daß Lenbach nachträglich um sein Signum ersucht würde; Lapp habe aber erklärt, es sei ihm nicht erwünscht, daß die Bilder zu Lenbach gebracht würden.

W. B. Rotterdam, 6. Nov. Heute wurde das Urtheil des Gerichtshofes in dem Prozesse wegen des Zusammenstoßes der „Elbe“ und der „Crathie“ gefällt. Das Gericht erklärte die „Crathie“ für allein schuldig an demselben. Die „Elbe“ habe allen Vorschriften Genüge geleistet und in der von ihr eingeschlagenen Weise fahren dürfen. Es war für die „Elbe“ kein Anlaß, Signale zu geben, welche nur bei Nebel obligatorisch sind. Daher falle die ganze Verantwortlichkeit auf die „Crathie“. Alle durch den „Norddeutschen Lloyd“ gemachten Angaben seien bewiesen worden; daher müsse dessen Anspruch als zu Recht bestehend anerkannt werden, besonders der auf Schadloshaltung für den Gesamterwerb der „Elbe“. Der Betrag sei noch festzustellen und 6 Prozent Zinsen dazu zu rechnen. Die Eigentümer der „Crathie“ wurden nach dem Verhältniß ihres Antheils verurtheilt. Beschlagnahme der „Crathie“ bis zur erfolgten Zahlung wurde für zulässig erklärt.

Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt, 6. Nov. Zu dem Mord und Selbstmord in Klein-Glienitz bringt der „Volksanz.“ folgende neue Mittheilungen: Frh. Calamé, der seine Gestehe, die 25jährige Wally Stelaff — nicht Stewarth — die Tochter seiner Wirthin und dann sich selbst erschoss, war wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Wie seine Wirthin wissen will, hat er am 31. Oktober in dieser Sache einen Termin gehabt. Calamé wohnte bei ihr erst seit dem 1. Oktober. Man will in der Gegend bemerkt haben, daß das Haus seit dieser Zeit von einem Polizeibeamten in Zivil beobachtet wurde. Weiter wird gemeldet, daß Calamé bereits 26 Mal wegen Majestätsbeleidigung angeklagt war. Von den meisten Anklagen wurde er jedoch freigesprochen. Die 26. Anklage erhielt er erst vor Kurzem, und der bevorstehende Prozeß, sowie die jeden Tag zu besitzende Verhaftung sollen den Hauptgrund zu der That bilden. Die gleichfalls aus dem Leben geschiedene Stelaff war ihm bei seinen literarischen Arbeiten behilflich, sie schrieb für ihn Manuskripte ab, und gab sich im Uebrigen dem Glauben hin, daß Calamé sie heirathen werde. Zu Beginn dieser Woche gestand nun Calamé dem jungen Mädchen ein, daß er verheirathet ist, und daß seine Frau und ein Kind von drei Jahren in Inowrazlaw — vordem in Königsberg i. P. — leben. Dieses Geständniß hat nun in dem Herzen des jungen Mädchens den Entschluß reifen lassen, Selbstmord zu begehen. Als hiervon C. erfuhr, beschloß sie Beide, gemeinschaftlich zu sterben.

Dem Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Georg Lewin wurde aus Anlaß seines fünfzigjährigen Doktorjubiläums der Rother Adlerorden 3. Klasse mit der Zahl 50 verliehen.

Die Erkrankungen an Bosen scheinen im Krankenhaus am Friedrichshain noch nicht ganz zum Stillstand gekommen zu sein. Neuerdings haben sich dort wieder verdächtige Erscheinungen bei einem Hausdiener gezeigt. Ob es sich aber wirklich um Bosen handelt, bedarf noch der Feststellung.

Einer der letzten Kämpfer von 1848, der Kaufmann S. Lebl, starb heute früh, 73 Jahre alt. Der Verstorbene hatte an der 1848er Bewegung lebhaften Antheil genommen, gehörte auch zu den Gründern des Berliner Handwerkervereins. Er wurde später in den Landenraths-Hochverraths-Prozeß verwickelt und infolge des verurtheilten Henze'schen Zeugnisses zu langjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, beim Regierungsantritt Königs Wilhelm I. indeß mit Landenrath zugleich begnadigt, während Dr. Faltenhal der dritte Verurtheilte in jenem Prozeß, inzwischen verstorben war. Der ehrenfeste Charakter L.'s fand jederzeit gebührende Würdigung. Auch verdankte er demselben die angesehene Stellung eines Berliner „Gerichtsschöffen“.

Nach Untersuchung von 50 000 M. ist dem „Vol. Anz.“ zufolge der Kaufmann Georg Lagolz in der Schilderstraße flüchtig geworden.

† Der Kammerfänger Josef Federer, welcher im Marie Seebach-Hause zu Weimar ein Asyl erhalten sollte, hat sich in Frankfurt a. M. im Alter von 52 Jahren erschossen, weil er sein Vermögen durch einen flüchtigen kleinen Geschäftsmann verloren. Federer war ein Ungar. Zu Großwardein 8. Oktober 1843 geboren, genoss er seine Ausbildung in Wien, Mailand und Paris. In Budapest begann er seine Laufbahn, war dann in Hamburg, Dresden, Wien, Darmstadt, in Berlin, Wiesbaden, Stuttgart, Mannheim thätig. Frankfurt a. M. war die letzte große Station seiner erfolgreichen Künstlerfahrten. Als lyrischer wie als Heldentenor errang er lebhafteste Erfolge. Im Jahre 1874 machte er viel von sich reden, als er in Rüssingen den Attentäter Kullmann, der auf Bismarck schoß, festnahm.

Stadtverordneten-Versammlung.

R. Posen, 6. November.

Unter dem Vorsitz des Herrn Justizrath Dr. J. fand heute Nachmittag 5 Uhr eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Die Sitzung wird mit verschiedenen Mittheilungen eröffnet. Die Wiederwahl der Stadträthe Herren Schweiger, Herz und Fontane ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden. Wie bekannt, überreichten die städtischen Körperschaften dem früheren Regierungspräsidenten H. H. bei seinem Fortzuge nach Stade eine Adresse. In einem Schreiben vom 21. Oktober d. J. spricht Herr H. H. hierfür seinen Dank aus; durch die ihm von den Körperschaften der Provinzialhauptstadt überreichte so überaus freundlich gehaltene Adresse sei ihm die Trennung von Posen wesentlich erleichtert worden. Die Adresse werde ihm auch sonst eines der werthvollsten Andenken und der Mittelpunkt der Erinnerungen an die Thätigkeit in Posen bleiben. Das Schreiben schließt mit der Versicherung der Dankbarkeit und dem Wunsche für das Wohlergehen und Gedeihen der Stadt Posen. Die Rectorinwitwe Auguste Hecht in Breslau spricht in einem Schreiben den städtischen Behörden für die ihr gewährte Pension ihren Dank aus. Der frühere Postsekretär Rahne stellt seine Kräfte für ehrenamtliche Thätigkeit in der städtischen Verwaltung zur Verfügung und erwähnt, daß er auch in der Stadt Rastow sich in dieser Weise mehrseitig nützlich gemacht habe. In einer Vorlesung richtet Herr Gymnasial-Direktor Leuchtenberger an den Magistrat die Bitte, die Schützenstraße in der Erstreckung des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums mit Asphalt zu belegen. Der Magistrat überliefert diesen Antrag unter dem 17. Oktober an die Stadtverordneten-Versammlung mit dem Bemerkten, daß derselbe in diesem Herbst, spätestens aber im Januar t. J. über die Pflasterung der Schützenstraße formulierte Anträge zugehen lassen werde. Mit Rücksicht hierauf wird die Stadtverordneten-Versammlung vom Magistrat ersucht, von dem Antrage des Direktors Leuchtenberger zur Zeit abzusehen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet hierauf Stadtv. Gichowicz über das Statut betr. die Einführung der Wildpretsteuer. Am 24. Januar d. J. ist die Erhebung der Wildpretsteuer in Posen von der Verwaltung beschlossen und das Statut demnach vom Bezirksausschuß, vorbehaltlich dreier Änderungen formeller Natur, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Ausfertigung der Quittungen (§ 4), die Besteuerung von durchgeführtem Wildpret (§ 5) und das Inkrafttreten der Steuerordnung (§ 7). In § 5 soll die Bestimmung aufgenommen werden, daß bei der Einführung von Wildpret, welches nicht zum Gebrauch in der Stadt, sondern nur zum Durchgang bestimmt ist, dem Steueramte sofort eine entsprechende Meldung zu machen ist, damit bei der Ausführung der Wildpretsteuer die Rückzahlung der gezahlten Steuer erfolgen kann. Die Wildpretsteuer soll endlich 14 Tage nach der Bekanntmachung des Statuts in Kraft treten (§ 7). Der Magistrat beantragt nun, die neue Steuerordnung mit dem vom Bezirksausschuß verlangten Modifikationen anzunehmen, welchen Antrag der Referent befürwortet.

Stadtv. Kirken ersucht, diese Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Stadtv. Broditz bittet, um sofortige Erledigung, es handle sich hier nur um formelle, nicht um materielle Dinge. Stadtrath Dr. Gerhardt empfiehlt gleichfalls, das Statut heute zu erledigen und die Beschlußfassung nicht zu vertagen, zumal die formellen Änderungen ganz untergeordneter Art seien. Die Versammlung entscheidet sich indeß dahin, die Beschlußfassung für die nächste Sitzung auszuschieben.

In die Tagesordnung eintretend, berichtet Stadtv. Placzek über die im Rechnungsjahre 1894/95 bei verschiedenen Verwaltungen eingetragenen Mehrausgaben. In seinem Antrage ersucht der Magistrat um die Nachbewilligung von Mehrausgaben bei folgenden Etats: Kammerverwaltung 7896,15 M., Verwaltung des Grundbesitzes 1780,65 M., Verwaltung der offenen Armenpflege 653,03 M., Verwaltung des Krankenhauses 5278,45 M. und des Hospitals 21,59 M., Verwaltung der Waisenpflege 395,75 M., Schulverwaltung insgesamt 1065,72 M., Verwaltung der öffentlichen Straßen und Plätze 9489,40 M., Verwaltung der Kanäle 91,23 M., Einquartierungswesen 101,45 M., Marktwahlverwaltung 116,70 M., Abfuhrverwaltung 2421,56 M., Theater 763,96 M., Verwaltung der Gaswerke 565,25 M., der Wasserwerke, einschließlich der Drielleitung 860,56 M., Magazinverwaltung 51,64 M. und Wandschank 189,20 M. Insgesamt find 31 917,41 M. Mehrausgaben nachzubewilligen. Die Finanzkommission habe die Mehrausgaben geprüft und für begründet erachtet. Namens derselben empfiehlt der Referent die Nachbewilligung, welche ausgesprochen wird.

Es werden demnach Berichte über eine große Anzahl Rechnungen entgegengenommen und diese Rechnungen entlastet. Ueber die Entlastung der Rechnungen der beiden Mittelschulen berichtet Stadtv. Dr. Kranz. Unter Nachbewilligung von 121,87 M. Mehrausgaben für die Knaben-Mittelschule und von 6,23 M. für die Mädchen-Mittelschule werden beide Rechnungen entlastet.

Es folgt die Entlastung der Rechnung über die Neupflasterung der St. Martinstraße zwischen Ritter- und Viktorienstraße, worüber Stadtv. Broditz berichtet. Hierbei richtet Stadtv. Kirken an den Magistrat die Bitte, es möchte auch der untere Theil der St. Martinstraße mit Gasglühlicht erleuchtet werden, der Unterschied zwischen dem oberen und unteren Theile dieser Straße sei hinsichtlich der Beleuchtung doch sehr groß, außerdem erfordere hier der Verkehr die bessere Beleuchtung ebenso wie in der Breitenstraße, die jetzt Glühlicht hat.

Stadtbaurath Gruber: Der Magistrat sei gern bereit, alle Straßen nach und nach mit Gasglühlicht zu versehen und es sei in Aussicht genommen, 6—700 Glühkörper nach Prüfung der Notwendigkeit anzubringen.

Stadtv. Herzberg weist darauf hin, daß die Gasflammen auf den Straßen in der Zeit ein sehr trübes Licht gaben. Stadtv. Broditz findet das Gasglühlicht schöner als das elektrische Glühlicht und bittet, letzteres im Stadtverordneten-Sitzungs-saale anzubringen.

Stadtbaurath Gruber bemerkt, der Saal sei bereits mit Gasglühlicht versehen und solle dieses von jetzt ab benutzt werden. Zu der Frage über das schlechte Gaslicht in den Straßen bemerkt Redner, es würden in den Straßen Auerbrenner und Schnittbrenner angewendet. Das viel dunklere Licht der Schnittbrenner hänge mit der Konstruktion dieser Brenner zusammen und die Gasanstalt könne da nichts zur Besserung beitragen. Das vorthellhafte Licht der Auerbrenner könnten die Schnittbrenner eben nicht liefern. An den trüben, nebligen Tagen geben nun die Schnittbrenner erfahrungsmäßig ein viel schlechteres Licht als an hellen Tagen, diese Erscheinung hänge mit der schlechteren Verbrennung des Gases infolge des geringeren Gehaltes der Luft an Sauerstoff zusammen. Das Auerlicht sei von der Beschaffenheit der Luft viel weniger abhängig, da bei dieser Verbrennung auch die richtige Menge Wasserstoff von Bedeutung sei. Die Klagen über trübes Gaslicht im Spätherbst höre man nicht bloß in Polen, sie fänden sich in ganz Deutschland.

Stadtv. Dr. Landsberger möchte dahingestellt sein lassen, ob die Theorie des Vorredners hier zutreffe. Der Sauerstoff der Luft sei jedenfalls immer derselbe. Zugabe sei allerdings, daß an trüben, nebligen Tagen das Licht weniger im Stande sei, die Luft zu durchdringen. Aber ein gutes Gas müßte auch in dunklen Tagen ein besseres Licht geben.

Stadtbaurath Gruber erwirbt, daß die Luft nicht immer dieselbe Menge Sauerstoff, namentlich nicht denselben Oxygeengehalt besitze, und wenn die atmosphärische Luft einen solchen Mangel an Sauerstoff aufweise, dann sei das Licht schlecht.

Der Vorsitzende richtete an den Vorredner die Frage, ob die hier heute gegebene Anregung hinsichtlich des Lichtes dem Magistrat Anlaß geben werde, das Auerlicht in den Straßen anzuwenden.

Stadtbaurath Gruber antwortet dahin, der Magistrat sei bemüht, nach und nach in allen Straßen Gasglühlicht anzuwenden, das geht aber nicht so schnell, weil dazu außer den Glühkörpern auch runde Glasröhren gehören und diese neu beschafft werden müßten.

Stadtv. Broditz meint, die durch die Einführung des Gasglühlichtes erzielte Ersparnis an Gas werde die Kosten nicht decken, welche durch die Anschaffung der Glühkörper entständen.

Stadtbaurath Gruber erwirbt, die Kosten spielen bei der Anwendung des Glühlichtes keine Rolle, da die Kohlen für Leuchtgas in beiden Fällen bezahlt werden müßten. Ein Vergleich des Gasverbrauches zeige, daß der Schnittbrenner 200 Liter, der Glühkörper aber nicht 125 Liter Gas in derselben Zeit absorbiere.

Stadtv. Rantowicz bittet um Auskunft dahin, ob die für die Pflasterung der St. Martinstraße in Rechnung gestellten Ausgaben richtig beschienet seien.

Referent Stadtv. Broditz giebt hierüber Aufschluß; der die Ausführung der Pflasterung beaufsichtigende Bauaufseher gebe dem unternehmenden Baumeister die Stundenzahl und das verwandte Baumaterial genau an und nach diesen Angaben werde dann die Rechnung aufgestellt. Das sei jedenfalls ein ganz zuverlässiger Weg der Rechnungsaufstellung.

Stadtv. Almus bemerkt, es gäbe bei einer solchen Pflasterung unvorhergesehene Ausgaben, so für die Aenderung der Kellerbänke, der Eingangsstufen etc.

Stadtv. Dr. Lewinski wünscht, die Baurechnungen möchten zunächst immer der Baukommission zur Vorprüfung unterliegen, welche sich darauf zu erklären habe, wie weit Uebereinstimmungen der Bausumme vorgekommen und wodurch dieselben veranlaßt worden seien. Erst dann die Rechnung von der Baukommission in dieser Richtung geprüft, dann folge die Prüfung durch die Finanzkommission.

Stadtv. Schleier hält die Rechnung über die Pflasterung durch die heutige Debatte nicht genügend geklärt und beantragt Rückgabe zur weiteren Prüfung an die Baukommission.

Stadtv. Blaczek spricht sich ebenfalls dafür aus, Baurechnungen erst durch die Baukommission, und darauf durch die Finanzkommission prüfen zu lassen.

Stadtv. Jaffé vermißt den Nachweis des Referenten in dem Bericht über die Pflasterungsrechnung, daß die ausgeführten Arbeiten auch alle notwendig gewesen seien.

Schließlich wird die Rechnung an die Baukommission überwiesen.

Die Rechnung über die Kanalisation der Breslauerstraße und ihrer Nebenstraßen wird entlastet. Ref. ist Stadtv. Jagielski. Derselbe berichtet auch über die Entlastung der Rechnung über die Kanalisation der Gr. Gerberstraße zwischen der Wasserstraße und Sängentstraße. Zu bautechnischer Prüfung wird diese Rechnung ebenfalls der Baukommission überwiesen.

Über die Kosten der Ausstellung von Hygienesatzkarten für Geistesranke berichtet Stadtv. Schleier. Der Regierungspräsident habe angeordnet, daß bei der Aufnahme von Geisteskranken in die städtische Irrenanstalt ein Hygienesatzkarte über den Zustand des Kranken aufgestellt werde. Aus der Stadt Posen würden jährlich ca. 100 Personen der Irrenanstalt übergeben. Das Attest zu 10 M. gerechnet, wären somit 1000 M. jährlich und 750 M. für das laufende Etatsjahr erforderlich. Der Magistrat beantragt die Bewilligung von 750 M. als unvorhergesehene Ausgabe bei der Irrenanstaltsverwaltung. Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgen Wahlen, über welche Stadtv. Förster berichtet. Zu Armenräthen wählt die Versammlung den Barbier Robert Zidoro, den Kaufmann Leo Czawelski, den Kaufmann Budka und den Domikar Kiepel; ferner Oberlehrer Franz und Hausbesitzer Bruno Bach.

Zum Mitgliede der Pfandleihe-Deputation wird, da der Polizeikommissar Dr. D. Glasemann seine Wahl abgelehnt hat, Kaufmann Kirken gewählt. Sodann zum Ortsbezirks-Vorsteher für den IX. Bezirk Apotheker Schneider.

Hierauf berichtet Stadtv. Förster über die Wahl der Beisitzer zur Ersatzwahl eines Stadtverordneten. Durch die Wahl des bisherigen Stadtv. Fontane zum Magistratsmitgliede ist dessen noch bis zum 31. Dezember 1896 laufendes Mandat erledigt. Für die vom Magistrat beantragte Ersatzwahl sind je zwei Beisitzer und Stellvertreter zu wählen. Die Wahlkommission schlägt vor als Beisitzer Bankdirektor Dr. Ruzselsan und Kaufmann Alport, als Stellvertreter Rentner Jul. Klau und Kaufmann Brzeski.

Bei dieser Gelegenheit wird die Vermehrung der Stadtverordneten in Posen angeregt. Stadtv. Broditz führt aus, die Zahl von 36 Stadtverordneten entspreche nicht der Einwohnerzahl von ca. 70 000 Seelen. Die Stadt sei berechtigt, 60 Stadtverordnete zu wählen, man würde sich aber einwilligen mit 48 Stadtverordneten begnügen. Bei der jetzigen Zahl von 36 Stadtverordneten könne es vorkommen, daß wichtige Beschlüsse mit 11 Stimmen Mehrheit gefaßt würden, was der Sache jedenfalls nicht zuträglich sei. Eine Vermehrung der Stadtverordneten sollte darum bald vorgenommen werden.

Oberbürgermeister Wittling: Der Magistrat stehe hier ganz auf dem Standpunkte des Vorredners; auch der Magistrat halte die Zahl der Stadtverordneten nicht für ausreichend. Er glaube aber, hier die Initiative der Stadtverordneten-Versammlung überlassen zu sollen. Jedenfalls würde er es freudig begrüßen, wenn aus dem Schooße der Versammlung ein solcher Antrag gestellt würde. Die an den Sitzungen theilnehmende Zahl der Stadtverordneten sei oft außerordentlich gering. Gewiß sei von 48 Stadtverordneten die beschlußfähige Zahl von 25 viel eher zusammenzubringen, als von 36 die Zahl 19. Die Sache liegt thatsächlich so, daß ein Beschluß von 13 Magistratsmitgliedern von 11 Stadtverordneten umgestoßen werden könne, und das entspreche nicht der Städteordnung. Redner glaubt, daß der Magistrat sich einem event. Antrage aus der Versammlung auf Vermehrung der Stadtverordneten nicht verschließen würde; denn dem Magistrat müsse immer eine möglichst große Stadtverordneten-Versammlung gegenüber stehen.

Stadtv. Kirken bittet, die Ersatzwahl wegen der Kosten und Umstände jetzt nicht vorzunehmen, sondern bis zur nächsten Hauptwahl zu lassen.

Oberbürgermeister Wittling bemerkt, der Wunsch nach der Ersatzwahl sei dem Magistrat gerade aus der Versammlung ausgesprochen worden.

Stadtv. Dr. Lewinski führt aus, die Vornahme der Ersatzwahl müßte erst vom Magistrat und den Stadtverordneten beschlossen werden, was noch nicht geschehen sei. Was dann die andere Frage, daß dem Magistrat immer eine große Stadtverordneten-Versammlung zur Seite stehen müsse, betreffe, so verweise Redner dieses Prinzip in der Zusammenfassung der neu gewählten Abordnungen, in der 4 Magistratsmitglieder 5 Stadtverordneten gegenüberstünden. Ferner glaube Redner, daß es schwierig sein würde, hier in Posen eine größere Zahl von Stadtverordneten zu finden. Und dann dürfte das Operiren mit einer größeren Zahl von Stadtverordneten doch nicht so leicht sein, wie man glaube. Redner bittet, über die Vermehrung der Stadtverordneten heute jedenfalls keinen Beschluß zu fassen, die Angelegenheit vielmehr erst in einer besonderen Kommission vorzubereiten zu lassen.

Der Vorsitzende theilt die hier zutreffenden Bestimmungen der Städteordnung mit, wonach Posen allerdings mindestens 48 Stadtverordnete haben könnte. Eine Vermehrung der jetzigen Zahl müßte unter Zustimmung des Magistrats von der Versammlung beschlossen und vom Bezirksausschuß genehmigt werden.

Stadtv. Broditz bemerkt, er wolle die Schwierigkeiten der Vermehrung nicht unterschätzen, aber es müßte doch einmal der Anfang gemacht werden. Und deshalb stelle er den Antrag, die Vermehrung der Stadtverordneten von 36 auf 48 ernstlich ins Auge zu fassen. Die Ersatzwahl möge man unter allen Umständen schon jetzt vornehmen.

Auch Stadtv. Herzberg hält es nicht für angebracht, die Ersatzwahl bis 1896 hinauszuschieben. Die Kosten könnten die Vornahme nicht hindern, da sie doch nur gering seien.

Stadtv. Kirken bemerkt, die Kosten seien bei der Wahl eines Stadtverordneten ebenso groß, wie für viele. Eine Kraft werde zu entbehren sein.

Stadtv. Blaczek hält für notwendig, daß die 36 Stadtverordneten auch wirklich vorhanden sind, da jede Kraft namentlich in der Kommission zur Arbeit unentbehrlich sei.

Oberbürgermeister Wittling erwirbt auf die Bemerkung des Stadtv. Dr. Lewinski bezüglich der Abordnungen, die Zahl von 5 Stadtverordneten und 4 Magistratsmitgliedern sei wegen der technischen Mittelbeschränkung vorgeschlagen, die man nicht gut übergeben möchte; Redner hätte gegen ein anderes Zahlenverhältnis nichts einzuwenden, man hätte auch 4 Magistratsmitglieder und 12 Stadtverordnete wählen können.

Stadtv. Dr. Krantz spricht sich für die Vornahme der Ersatzwahl aus. Der Vorsitzende weist gegenüber dem Zweifel in der Versammlung auf die Vorlage des Magistrats hin, nach welcher der Magistrat die Ersatzwahl schon jetzt vornehmen und sie nicht hinauschieben will. Stadtv. Förster bringt die Magistratsvorlage zur Verlesung. Stadtv. Kirken hält seinen Verlagsantrag aufrecht. Zur Sache äußerte sich noch der Stadtv. Jaffé und Oberbürgermeister Wittling. Letzterer bemerkt, der stellvertretende Vorsitzende habe dem Redner vor einiger Zeit wiederholt den Wunsch ausgesprochen, die Ersatzwahl vorzunehmen, damit die Stadtverordneten-Versammlung vollständig sei, diesem Wunsche habe der Magistrat entsprechen wollen.

Hierauf wird die Angelegenheit vertagt. Der Antrag des Stadtv. Broditz, die Zahl der Stadtverordneten auf 48 zu erhöhen, und der Antrag des Stadtv. Dr. Krantz, die Zahl der Stadtverordneten in der Abordnungsdeputation zu vermehren, werden hinreichend unterstützt und deshalb auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Hierauf berichtet Stadtv. Kirken über die Rechnung betr. den Bau der Mädchen-Mittelschule. Bewilligt waren 143 980,70 M., verausgabt wurden 134 410,64 M. Hiernach ergibt sich eine Ersparnis von 9570,06 M. Nachdem noch die Stadtv. Almus und Dr. Lewinski Bemerkungen bezüglich der Rechnungsbegründung gemacht haben, wird die Rechnung entlastet.

Zur Entlastung steht sodann die Rechnung über die Kanalisation des Straßenzuges Berlinerstraße-Sapiehplatz, worüber Stadtv. Broditz berichtet. Bewilligt waren hierzu 68 000 M., mehr ausgegeben wurden 469,61 M. Die Nachbewilligung und Entlastung wird ausgesprochen.

Angenommen wird ferner eine Resolution dahin, den Magistrat zu ersuchen, über den Verbleib und die Inventarisierung von Probenröden zu Kanalananschlüssen im Werthe von 33,75 M. zu recheckiren.

Die Rechnung über die Kanalisation der Neuenstraße, Wasserstraße etc. wird der Baukommission überwiesen.

Die Rechnung über die Verwaltung der öffentlichen Straßen, Plätze und Märkte pro 1893/94. Referent Stadtv. Broditz. Schließt mit 151,218,75 M. ab. Die Mehrausgaben betragen 3678 M. Da ein Posten noch unerledigt ist, wird die Sache abgesetzt.

Es folgt der Antrag des Magistrats zur Bewilligung der Mittel zur Annahme eines bautechnischen Hilfsarbeiters. Referent Stadtv. Jagielski weist auf die zur Vorbereitung stehenden Bauten der Kommune hin, deren Zahl 7 beträgt. Zur Bewältigung der Arbeiten wird ein bautechnischer Gehilfe für 150 M. monatlich, zunächst auf drei Monate verlangt. Die Finanzkommission empfiehlt die Gewährung der Hilfskraft und beantragt folgende Resolution: Den Magistrat zu ersuchen, für den Fall, daß nach Ablauf von 3 Monaten das Bedürfnis für diese technische Hilfskraft seitens des Magistrats als fortwährend erachtet werden sollte, eine eingehend motivirte Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung zu richten, zuvor aber die Baudeputation darüber zu hören.

Stadtv. Dr. Lewinski hält die verlangte Hilfskraft für notwendig, weist aber auf eine Bemerkung des Herrn Stadtbaurath in der Finanzkommission hin, daß die Hilfskraft wohl eine dauernde Institution werden würde. In diesem Fall: wünscht Redner die Prüfung und Entscheidung der Baudeputation.

Oberbürgermeister Wittling: Gegenüber der in der Finanzkommission zu Tage getretenen Besorgnis einer dauernden Beschäftigung der Hilfskraft bemerke er, daß der Magistrat zunächst nicht die Absicht habe, aus diesem Hilfsarbeiter eine dauernde

Institution zu machen. Die Bemerkung des Herrn Stadtbaurath in der Finanzkommission sei dahin zu verstehen, daß die Arbeit so dringlich werden könnte, daß man den Hilfsarbeiter auch über die genannte Frist behalten müsse, wenn die Arbeit nicht liegen bleiben solle. Das bautechnische Personal reiche schon jetzt nicht aus, um allen Anforderungen gerecht werden zu können. In den nächsten Tagen solle eine sehr umfangreiche Arbeit über einen Tiefbau, eine Umschlagstelle an der Wartje mit Anlaufgleise an den Bahnhof Gerberdamm in Angriff genommen werden, diese Arbeit erfordere für einige Zeit allein eine technische Kraft. Es sei doch bedenklich, vom Magistrat zu verlangen, er solle dann eine ihm unterstellte Deputation erst hören, ob die Hilfskraft notwendig sei. Auf das Votum der Baudeputation lege der Magistrat, wie Redner bemerken wolle, gewiß einen großen Werth; aber hier sei doch der Zweifel erlaubt, ob dieselbe in diesem Falle zu beurtheilen vermöge, ob die Hilfskraft notwendig sei oder nicht. Das könne nur die Centralstelle beurtheilen. Es werde auf die für die Annahme von Hilfskräften schon bewilligten Mittel hingewiesen. Man ahne dabei aber nicht, welche Arbeit die Aufstellung eines Projektes mache, und oft müßten für denselben Bau 2-3 Projekte gemacht werden. Es sei ja erfreulich, wenn sich die Herren der Baudeputation der Sache mit großem Fleiße annähmen; aber die Arbeiten würden doch sehr erheblich. An Hochbauten schweben jetzt noch folgende: ein großer Umbau des Krankenhauses, ein Umbau der Schule auf der Allerheiligenstraße, ferner die Errichtung eines Hospitals und einer Desinfektionsanstalt. Für so umfangreiche Arbeiten fehlten jetzt die Kräfte, zumal auch noch die Errichtung einer elektrischen Centrale für die Beleuchtung in Frage stehe. Der Magistrat strebe dahin, daß alle Projekte ausgearbeitet werden und daß keine Reste entstehen. Gewiß wolle man sich nach 3 Monaten die Hilfskraft wieder abschneiden, ob es aber möglich sein werde, lasse sich nicht übersehen. Redner glaube aber versprechen zu können, daß diese Institution nicht dauernd werden solle. Die hier im Saale anwesenden Techniker würden bestätigen, daß der Stadt zu wenig technische Arbeiter zur Verfügung ständen. Für die Ausübung der städtischen Baupolizei habe die Versammlung schon früher eine Hilfskraft bewilligt. Bei den Bauten in Posen werde jetzt die Ellenkonstruktion im großen Umfange angewendet. Das verursache große Arbeiten. Allein bei dem Tomskischen Bau an der Neuen- und Schulstraße seien städtische Berechnungen auszuführen gewesen, die 20 Bogenzeiten füllten. Die Baupolizeibeamten seien sehr beschäftigt, und dennoch wären viele Konventionen vorgekommen, weil die Beamten nicht Zeit hätten, über allem zu wachen. Auf dem Gebiete der Tiefbauten schwebte noch eine ganze Anzahl weiterer Projekte. Und so komme Redner auf den Anfang seiner Ausführungen zurück, die Stadt habe zu wenig Techniker, trotzdem wolle man für den jetzt verlangten Hilfsarbeiter eine dauernde Position nicht schaffen.

Hierauf wird die Hilfskraft bewilligt und die oben angeführte Resolution der Finanzkommission ohne den letzten Satz angenommen.

Es berichtet sodann Stadtv. Hagger über die Entlastung der Rechnung über die Hundesteuer-Verwaltung pro 1894/95. Es sind Mehrausgaben über 24, 95 und 114 Mark, letztere durch Rückvergütung für Hundesteuer an die Kommandantur entstanden. Der Etat schließt mit 891 54 Mark ab, d. h. gegen den Voranschlag mit 332 Mark plus. Die Rechnung wird entlastet.

Zuletzt berichtet der Vorsitzende über die Wahl eines Wahlmannes für die Wahl zur Landwirtschaftskammer der Provinz Posen. Der Referent erörtert die Bedingungen für die Wahlbarkeit und den Wahlmodus. Die Wahl wird schließlich vertagt.

Schluß der Sitzung gegen 7 1/2 Uhr.

Polales.

Posen, 7. November.

* Bei den diesjährigen Herbstkontrollversammlungen wurde zum ersten Male ein neuer Vorschlag zur Verlesung gebracht, in welchem ausdrücklich betont wird, daß der Besitz und die Verbreitung revolutionärer, aufreizender Schriften nicht nur in der Kaserne verboten ist, sondern daß die dafür getroffenen Bestimmungen und Strafen auch für die zur Kontrollversammlung erscheinenden Mannschaften Geltung haben. Letztere Bestimmung ist völlig neu und, wie man glaubt, auf die Initiative des R. Hies zurückzuführen.

* Auszeichnung. Dem Kreisboten a. D. Merlin zu Ostrow, bisher zu Schwerin a. W. ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

d. Gutverkauf. Das Gut Rudki, welches am 7. September in der Zwangsversteigerung zu Obornik von der Landtschaft zu Posen erstanden wurde, ist gestern, Mittwoch, von der Landtschaft an den früheren Besitzer, letzten Rentier Salsfeld zu Bromberg verkauft worden. Käufer wird sofort das 1400 Morgen große Gut parzelliren und das arrondirte Restgut von ca. 500 Morgen mit sämmtlichen Wiesen und Gebäuden wieder verkaufen, wozu sich schon Käufer gemeldet haben.

Aus der Provinz Posen.

4. Schmiegel, 6. Nov. [Ueber den Stand der Scharlach-Epidemie in unserer Stadt] wird im Kreisblatt amtlich festgestellt, daß die Zahl der an gemeldeten Scharlachkranken, die am 27. Juli cr. 6 betrug, sich bis zum 26. Oktober auf 97 vermehrt hatte. 22 sind davon verstorben, während 34 in der Genesung begriffen sind. Selber sind auch in den letzten Tagen wieder neue Erkrankungen vorgekommen.

5. Czarnikau, 6. Nov. [Schlägerei.] Nach Beendigung der heute hier abgehaltenen Kontrollversammlung um 1 1/2 Uhr Nachmittags kam es zwischen Reservisten aus Pleszew zu einer blutigen Schlägerei. Wie gewöhnlich wurde auch hier bald das Messer gezogen. 4 Mann wurden zur Wache gebracht, einer mußte gefesselt werden. Von den Verletzten ist einer so übel verletzt, daß er auf einem Karren transportirt werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

6. Rawitsch, 6. Nov. [Personalien.] Superintendent Kaiser hier selbst hat seine Emeritierung zum 1. April t. Js. nachgesucht und ist seitens des Ministeriums unter dankbarer Anerkennung der Provinzialverdienste geehrt langjährig treuen Dienste geneigt erhalten. Die Wahrnehmung der Seelsorge für die evangelische Militärbevölkerung bleibend, die bisher Superintendent Kaiser oblag, ist bereits vom 1. cr. an den Hilfsprediger Than übergegangen.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 6. Nov. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Konstantinopel von ihrem Korrespondenten geschrieben, der Groß-Bezirer Riamil-Basch habe ihm (dem Korrespondenten) erklärt, die Nachrichten aus den Provinzen verstärken die Beweise dafür, daß die Armenier nach einem festen Plane vorgehen, um die Mohammedaner zu Verbrechen zu reizen, welche die Aufmerksamkeit Europas erregen sollen. Die

von den Armeniern begangenen Verbrechen seien aber viel schrecklicher als die von den Türken begangenen. Die armenische Bewegung werde von Verschwörern geleitet, welche verschwanden, sobald es ihnen gelungen sei, die guten Beziehungen zwischen Türken und Christen zu zerstören.

Böln, 6. Nov. Wie die „Böln. Ztg.“ meldet, hat der Reichsrath Eisenbahnrat heute hier dem Antrage auf Eröffnung einer Erz-Eisenbahn von Böhmen nach dem Saar-Bezirk seinen Entschluß zugestimmt. Dem Saar-Bezirk sollen einige Bergwerke gewährt werden.

Frankfurt a. M., 6. Nov. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus London: Von unterrichteter Seite verlautet, daß von den bei der Bank von England zur Verfügung der japanischen Regierung ruhenden 8 1/2 Millionen Pfund Sterling nichts ausgeliehen werden wird. Die zu machenden Auszahlungen beschränken sich auf circa 2 Millionen Pfund Sterling in Ratenzahlungen für die zwei in England im Bau begriffenen Kriegsschiffe nebst Ausrüstung, sowie etwas unter einer Million Pfund Sterling für Lieferungen in Deutschland. Der Rest wird voraussichtlich zu allmählichen Silberkäufen benutzt.

Magdeburg, 6. Nov. Wie die „Magdeburger Abendzeitung“ meldet, ist zum Administrator des Vermögens des Königs Otto an Stelle des verstorbenen Oberkammerers Freiherrn v. Massen der Oberstaatsminister Freiherr v. Bismarck ernannt worden.

Darmstadt, 6. Nov. Der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Hesse zu Hesse-Philippsthal-Barchfeld hat die geistigen Belange des Großherzogs und der Großherzogin in seiner bei Vornahme gelegener Fahrt dem Rektor der hiesigen technischen Hochschule ein Kapital von 10000 M. zur Gründung eines Stipendiums für hiesige Studierende zur Verfügung.

Wien, 6. Nov. Abgeordnetenhause. Bei der Beratung des Reichstages landwirtschaftlichen Ausschusses über die Anträge auf Abhaltung einer landwirtschaftlichen Ausstellung, betreffend den Übergang der Landwirtschaft, erklärte sich der Abgeordnete Graf v. Spreti für die Enquete. Daß dieselbe aber nach dem Muster der Enquete in Baden vorgenommen werde, darin erblickt er, der Minister, nur einen Wunsch des Ausschusses. Man werde, unter Verhütung der von anderen Staaten gemachten Erfahrungen, in einer Weise vorgehen, die dem österreichischen Landbesitzer und seinen nationalen und autonomen Verhältnissen angepasse ist, wobei auch die Finanzfrage zu berücksichtigen sei. Die Regierung werde dem Unternehmen wohlwollend gegenüber und sei bereit, die Enquete durch die staatlichen Organe unterstützen zu lassen.

Wien, 6. Nov. Des Militärverordnungsblatt veröffentlicht die am 1. Januar 1896 bei den Kavallerieregimentern in Kraft tretenden Standesveränderungen, wonach der Friedensstand des Regimentsstabes um 2 Zugführer als Leutnants mit 2 Diensthunden erhöht wird, der Friedensstand jeder Feldeskadron um 4 Korporale und 4 Patronenführer, welche letztere den Gefreiten der Infanterie gleichgestellt sind, beim Eschadron um 1 Patronenführer und 2 Patronenführer. Während der Stand der Feldeskadron um 8 Patronenführer und 3 Soldaten

ohne Chargegrad vermindert wird, wird der Stand der Ueberzahligen bei Feldeskadronen von 5 Soldaten auf 12 und ebenso viele Diensthunde erhöht.

Budapest, 6. Nov. [Abgeordnetenhause.] Heute begann die Debatte über das Budget. Die äußerste Linke forderte den Ministerpräsidenten auf, zurückzutreten, da seine Mission durch die Verabschiedung der kirchenpolitischen Reformen erfüllt sei. Der Ministerpräsident erklärte, er werde gehen, wenn das Vaterland seiner Dienste nicht mehr bedürftig sei.

Rom, 6. Nov. Der „Tribuna“ wird aus Massauah vom heutigen Tage gemeldet: In Folge des Sieges bei Debra Alit hat Menelik seinen Vormarsch eingestellt. Gerücheweise verlautet von Bewegungen der Dervische, über welche der Mahdi den Oberbefehl Osman Digma übertragen habe. Obwohl es sich um unbefestigte Gerüchte handelt, ist eine Abtheilung Verstärkung von Keren nach Kassala abgesandt worden.

Paris, 6. Nov. Der Finanzminister Doumer beabsichtigt, den Entwurf Ribot's wieder aufzunehmen, die Börsensteuer auf Operationen in französischer Rente um drei Viertel ihres Betrages herab zu mindern.

Die Mehrkosten für die Madagassische Expedition betragen zehn Millionen Francs, welche zumeist auf den Rücktransport der Truppen entfallen.

Paris, 6. November. Das Ergebniss der indirekten Steuern im Monat Oktober 1895 weist einen Mindereinnahme von 1709200 Frs. gegen den Budgetanschlag und eine Zunahme um 1709200 Frs. gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1894 auf.

Paris, 6. November. Das Bankett der deutschen Kolonie zu Ehren des Botschafters Grafen Münster anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums als Botschafter in Paris nahm einen glänzenden Verlauf. Der Vizepräsident des deutschen Hilfsvereins Grub brachte ein Hoch auf den Kaiser aus. Kaufmann Kumpf toastete auf den Präsidenten der Kolonie, die Festrede hielt der Vorstand des Quartettvereins Lübert, welcher der hohen Verehrung und Dankbarkeit der deutschen Kolonie für den Grafen Münster Ausdruck gab; Graf Münster stieß allezeit den deutschen Landleuten hilfreich mit Rath und That bei. Die deutsche Kolonie wurde der dankbaren Gefinnung für den Botschafter einen sichtbaren Ausdruck geben. Dem Gefeierten wurde hierauf ein prachtvoller Silberpokal mit Reliefbildern des Botschafterpalais und des Münsterschen Schlosses überreicht. Der Botschafter dankte tiefbewegt. Den deutschen Landleuten hilfreich beizustehen, sei die selbstverständliche Pflicht des deutschen Vertreters. Bei seinen Bemühungen, zwischen Deutschland und Frankreich gute Beziehungen zu erhalten, sei ihm seitens der französischen Staatsmänner das beste Entgegenkommen bewiesen worden. Der Botschafter wies sodann auf den feierlichen Weinstamp hin, zu dem sich Frankreich für 1900 rühme und schloß seine Rede mit einem Hoch auf die deutsche Kolonie und deren Frauen. Zum Schluss brachte Schardt einen Trinkspruch auf die Tochter des Botschafters, Gräfin Marie, aus.

Paris, 6. Nov. Der Generalintendant Brion ist zum Generalintendant des Kriegsministeriums ernannt worden.

Seine Stellung wird eine rein administrative sein und soll vornehmlich ein Bindeglied zwischen den verschiedenen dem Kriegsministerium unterstellten Direktionen und dem Minister bilden.

Das Ministerium des Auswärtigen bezeichnet ausdrücklich die Nachricht von einer Abberufung des Botschafters in Berlin, Herbet, als unrichtig.

Detroit, 6. Nov. Heute früh 6 1/2 Uhr stürzte infolge einer Kesselplosion ein Theil des Gebäudes der Zeitung „Journal“ ein. Viele Personen wurden verletzt, bisher sind 4 Verletzte geborgen worden. In dem Gebäude waren viele Mädchen und Frauen beschäftigt; man glaubt, daß sich in dem eingestürzten Theile 25 Personen befanden. Die Trümmer geriethen in Brand; die aufsteigenden Rauchwolken erschwerten die Rettungsarbeiten.

London, 6. Nov. Der König von Portugal traf heute hier ein und wurde von dem Herzog von Coburg empfangen. Beide Fürsten fuhrn, von der Leibgarde eskortirt, nach dem Buckingham Palace.

Glasgow, 6. Nov. Nahezu sämtliche Schiffsbauer am Clyde sind heute außer Arbeit.

Rotterdam, 6. Nov. Eine große Delfabrik ist heute mit 500 Tonnen Del nebst anliegender Fabrik total abgebrannt. Mehrere nahegelegene Schiffe sind stark beschädigt.

Tunis, 6. Nov. Im Hafen von Mahedia sank ein griechisches Schiff mit 13 Mann Besatzung; sechs derselben wurden von einem österreichischen Segler gerettet.

Newyork, 6. Nov. Die Legislaturwahlen ergaben mehrere bemerkenswerthe republikanische Siege, besonders im Staate Maryland, in welchem der Republikaner Bowdoin zum Gouverneur mit einer Majorität von 20—30 000 Stimmen gewählt wurde. Nach Berichten aus Kentucky gewannen die Republikaner erheblich; der Posten des Gouverneurs und die Legislatur sind noch zweifelhaft; beide Parteien beanspruchen den Sieg; indessen wird sich voraussichtlich eine republikanische Mehrheit ergeben. Im Staate Newyork sind die 75 000 Stimmen für die Legislatur überwiegend republikanisch; in der Stadt Newyork sind sämtliche Tammany-Hall-Kandidaten mit einer Mehrheit von über 20 000 Stimmen gewählt. In dem Staate Massachusetts wurde der republikanische Gouverneur mit einer Mehrheit von ungefähr 60 000 Stimmen wiedergewählt. In dem Staate New-Jersey wurden für den Gouverneurposten sowohl wie für die Legislatur Republikaner gewählt. Der Republikaner Bushnell wurde mit einer Mehrheit von 90 000 Stimmen zum Gouverneur des Staates Ohio gewählt. Die Legislatur ist überwiegend republikanisch. In dem Staate Pennsylvania wurde ein Republikaner mit einer Mehrheit von 155 000 Stimmen zum Schatzmeister gewählt. In den Staaten Iowa und Kansas sind die Wahlen ebenfalls republikanisch ausgefallen. In dem Staate Mississippi wurde der Demokrat Mac Laurin zum Gouverneur gewählt. In dem Staate Nebraska wird die republikanische Mehrheit voraussichtlich ungefähr 20 000 Stimmen betragen.

Newyork, 6. Nov. Ein Großfeuer, das in der letzten Nacht am Broadway und in der Eleventh Street wüthete, verursachte einen Schaden von 2 Millionen Dollars. Viele Feuerwehrcorps wurden verlegt. Drei Gebäude, in welchen sich mehrere Kaufhäuser, ferner eine Fabrik, sowie die Manhattan-Bank befanden, wurden durch das Feuer zerstört.

Wien, 7. Nov. In dem Manifeste der Jungtschechischen Partei für die bevorstehenden Landtagswahlen heißt es: Das Volk Böhmens werde den Kampf und den Widerstand nicht aufgeben, so lange nicht für den politischen und nationalen Ausgleich mit dem Volke Böhmens in den gesammten Gebieten der Krone ein Grund gelegt worden ist. Die Abgeordneten der jungtschechischen Partei hielten einen auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhenden Ausgleich mit den deutschen Landleuten für wünschenswerth und möglich, würden aber, wie zuvor, jeden Versuch, solche Prinzipien für die Minorität zu schaffen, die das Vaterland zerkleinen und theilen, auf das Entschiedenste bekämpfen. Die Wahlen würden eine impotente Kundgebung der Einigkeit der böhmischen Bevölkerung für das böhmische Staatsrecht auf nationaler Gleichberechtigung und die bürgerliche Freiheit sein.

Glasgow, 7. Nov. Die Werftbesitzer und Arbeiter hielten Abends geforderte Versammlungen ab. Auf keine Weise zeigte sich Neigung zum Nachgeben.

Konstantinopel, 7. Nov. Reutermeldung. Der Ministerpräsident besprach die Finanzlage. Direktor Vincent wohnte der Beratung bei.

Konstantinopel, 7. Nov. Reuter-Meldung. Der Großvezier Riamil Pascha ist seines Postens enthoben.

Konstantinopel, 6. Nov. Der türkische Botschafter in Berlin Tewfik Pascha, ist hier eingetroffen.

Sofia, 7. Nov. In der gestrigen Nacht Sitzung der Sobranje wurde schließlich die Adresse einstimmig mit Akklamation angenommen. Der Abgesandte drückt u. A. die Freude aus über die wohlwollenden Worte des Zaren an die Deputation und die Hoffnung auf Wiederversöhnung mit der großen Schwedernation. Die Sobranje betrachtet es als heilige Pflicht, dem Prinzen den glühenden Wunsch zu unterbreiten, daß der Thronfolger zur orthodoxen Kirche übertrete, wodurch die nationale Dynastie untrennbar mit dem Lande vereint werde.

Sofia, 7. Nov. Heute fand hier die definitive Abgabe der Arbeiten der transversalen Eisenbahnlinie Roman-Schumla statt. Die Arbeiten erhielt die Firma Bulgarow & Co. in Ruse für den Preis von 20 997 000 Francs.

Sabana, 7. Nov. Dem „Heraldo“ zufolge wird der Insurgentenchef Maximo Gomez an der Spitze bedeutender Streitkräfte in die Provinz Santa Clara einbrechen, während Antonio Maceo die Provinz Puerto Principe angreift.

Sandel und Verkehr.

W.B. Konstantinopel, 5. Nov. Der gegenwärtige Verlust der Ottomanischen Bank wird auf ungefähr

4. Klasse 193. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 6. November 1895. — 17. Tag Vormittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.)

54 128 332 98 555 676 (300) 816 68 949 1103 88 232 404 528 42 (500) 92 (500) 889 (300) 942 - 2128 212 366 468 555 612 87 714 952 3049 58 157 259 399 (1500) 410 538 67 78 4025 29 227 87 307 50 466 87 97 942 5039 232 50 65 (500) 376 88 530 675 80 (500) 83 6199 272 80 416 609 768 75 961 7033 134 318 409 572 971 8201 641 (3000) 43 359 496 574 79 93 (300) 628 53 98 768 846 919 26 63 9698 864 10042 111 25 (500) 50 88 224 568 637 (3000) 748 872 904 23 61 11197 455 583 701 906 33 12011 47 123 59 366 521 614 99 820 27 49 75 939 13160 222 48 482 89 772 932 36 45 90 14128 562 (3000) 735 844 911 (500) 29 15148 (300) 54 259 318 851 82 16144 71 (300) 425 74 524 98 754 68 17314 55 979 18181 224 (3000) 434 (1500) 51 69 531 681 84 701 917 18 (500) 56 19030 216 394 567 74 698 20054 118 62 824 91 425 77 650 729 930 21049 163 456 612 754 887 968 22061 (1500) 563 608 875 23016 105 19 71 94 267 439 637 (500) 815 946 24060 136 356 99 678 741 810 69 906 15 36 - 25225 73 412 90 591 678 765 82 96 808 27 81 962 67 26029 41 (300) 327 482 736 68 887 89 921 26 70 80 89 27117 20 355 442 46 68 596 835 48 81 955 73 28017 55 342 495 664 (10 000) 757 809 951 29059 452 31002 (500) 104 (1500) 14 30 47 383 603 847 31027 51 475 95 507 81 609 760 873 32262 651 888 941 58 33010 210 509 (3000) 27 649 (500) 783 856 914 34145 (3000) 218 406 24 749 894 (3000) 35063 135 212 25 53 537 691 954 (1500) 36006 133 327 469 (300) 536 622 740 53 (1500) 37038 130 509 (1500) 35 40 636 86 (5000) 722 87 94 (300) 38188 304 16 58 732 (1500) 50 61 (500) 39477 88 548 93 620 86 750 94 834 935 91 40141 490 630 723 43 (1500) 45 76 916 24 71 79 41176 287 332 60 561 65 89 788 865 90 42001 173 (3000) 294 538 96 650 961 43040 294 309 85 910 (3000) 574 735 980 44001 62 177 329 410 65 578 636 854 45145 306 423 709 19 815 46117 315 71 86 438 (3000) 790 841 974 47041 50 (300) 251 428 69 504 41 675 875 48017 81 (1500) 167 69 714 98 894 48105 57 86 171 256 378 437 (3000) 85 95 529 647 50107 92 274 583 581 619 (300) 47 738 881 (3000) 93 946 51132 374 (3000) 612 61 71 733 80 90 54105 50 281 324 511 698 809 (500) 55 23 24 418 527 42 786 (300) 817 32 56136 90 234 443 733 815 57064 88 101 239 51 79 401 21 (3000) 565 (1500) 86 (500) 656 721 75 816 82 58000 (1500) 101 207 39 578 59234 517 66 688 773 (500) 75 60046 95 289 349 412 94 745 805 61064 572 82 897 62056 86 93 189 532 73 793 63085 290 572 690 798 64069 (3000) 353 (1500) 435 515 43 84 656 848 92 904 7 65142 (300) 98 260 67 564 650 77 88 812 28 66088 112 76 545 82 891 (3000) 67073 101 252 416 606 722 23 72 886 97 925 68025 59 191 436 557 761 883 69006 40 109 21 200 15 424 616 82 704 964 83 70115 309 496 710 854 (300) 55 999 71060 (500) 62 (3000) 84 317 489 527 87 642 702 27 892 980 72058 272 76 633 94 (1500) 725 37 801 (500) 932 90 73037 108 16 232 459 667 786 74068 341 58 408 779 842 99 990 75062 192 298 542 (500) 686 753 967 (500) 76054 75 107 269 (500) 367 532 (1500) 623 706 30 46 810 89 955 77093 102 8 520 69 739 47 (500) 62 805 37 965 78084 202 443 48 624 717 (3000) 60 987 79008 36 424 548 639 41 54 94 846 92 932 80017 183 (500) 200 34 417 540 77 83 85 616 72 846 993 81105 66 97 206 8 19 355 65 471 606 (500) 742 912 (500) 134 210 61 345 742 90 831 72 990 92 99 83252 72 817 405 (1500) 47 527 84004 90 (1500) 225 70 417 (1500) 69 549 816 85035 (3000) 115 229 46 360 583 933 71 86086 105 (300) 11 244 305 12 51 460 575 669 726 886 900 (3000) 87146 261 56 341 419 39 45 503 602 733 48 65 815 842 43 88212 50 503 664 89069 125 33 50 78 306 57 96 586 680 876 989 90144 66 285 416 51 63 525 642 68 714 49 883 91125 42 333 69 79 85 659 76 81 827 997 (300) 92233 461 620 (500) 939 93181 (500) 383 552 604 710 21 45 872 936 94019 344 407 20 539 730 47 (1500) 999 (3000) 95217 76 345 437 601 87 737 39 803 84 96029 154 63 80 287 305 81 450 506 83 610 48 (1500) 50 719 (3000) 29 47 71 846 (500) 945 97215 82 354 402 96 555 (1500) 85 688 738 910 57 87 98185 318 432 75 621 80 852 935 76 99160 94 301 19 422 569 899 976 100127 47 52 63 373 85 462 676 83 870 951 101021 338 52 611 97 715 71 915 102361 536 45 712 16 86 964 67 92 103064 (3000) 259 389 459 532 63 610 714 23 855 69 101040 42 132 286 319 37 61 502 31 41 74 819 71 101039 54 283 321 438 51 827 797 818 42 904 106079 107 435 610 (3000) 775 807 27 30 907 29 107058 274 306 65 72 611 108107 30 252 64 365 (300) 598 808 982 109021 150 310 870 (500) 961

